



KREISSCHULE
Aarau-Buchs

**Botschaft zur Urnenabstimmung
vom 9. Februar 2025**

**BUDGET 2025
der Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB)**

**inkl. Stellenplan 2025
und Elternbeiträge für das Schuljahr 2025/26
sowie Sozialtarife für das Schuljahr 2025/26**

Beschluss des Kreisschulrats vom 19. September 2024
(gegen den Beschluss kam innerhalb
der gesetzlichen Frist das Referendum zustande)





Weitere Informationen finden Sie unter
www.ksab.ch/volksabstimmung

Mit nebenstehendem QR-Code
gelangen Sie direkt zu den Inhalten:



- Budget 2025, angepasst aufgrund der Beschlüsse des Kreisschulrats
- Stellenplan 2025
- Elternbeiträge für das Schuljahr 2025/26
- Sozialtarife für das Schuljahr 2025/26

- Protokoll Sitzung Kreisschulrat vom 19.09.2024
- Budget 2025 vor Beschlussfassung Kreisschulrat
- Botschaft zum Budget für den Kreisschulrat vom 19.09.2024
- Legislaturziele des Schulvorstands
- Leitbild der KSAB mit pädagogischen Leitsätzen

Bilder: Symbolbilder KSAB



BUDGET 2025 der Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB) inkl. Stellenplan 2025 und Elternbeiträge für das Schuljahr 2025/26 sowie Sozialtarife für das Schuljahr 2025/26

Das Wichtigste in Kürze

Das von den Stimmberechtigten zu genehmigende Budget 2025 sieht einen Bruttoaufwand ohne Tagesstrukturen von **CHF 23'199'900** vor. Das entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Budget 2024 von **2,73%**. Die budgetierten Kosten für die Tagesstrukturen (Tagesschule und Horte) belaufen sich auf **CHF 566'800**.

Gesamtergebnis

Die Verbandsgemeinden tragen jedoch nicht den Bruttoaufwand, sondern den Nettoaufwand von **CHF 19'012'700** (inkl. Tagesstrukturen), also abzüglich aller Einnahmen der KSAB, die sich hauptsächlich aus Elternbeiträgen und den Schulgeldern auswärtiger Gemeinden zusammensetzen.

Gemäss Verteilschlüssel werden die Nettoaufwendungen zu rund 30% von der Gemeinde Buchs und zu rund 70% von der Stadt Aarau getragen.

Der Bruttoaufwand im Schulbetrieb pro Schülerin/Schüler nimmt von CHF 4'024 im Budget 2024 auf CHF 4'293 im Budget 2025 zu.

Der Stellenplan, die Elternbeiträge für freiwillige Angebote und die Sozialtarife für finanzielle Unterstützung von Eltern sind Bestandteile des Budgets. Daher müssen auch diese genehmigt werden.

Umfang
Budget 2025

Die drei wesentlichsten Kostentreiber sind die Einführung der Tagesstrukturen (CHF 566'800), die ICT-Betriebs- und Sicherheitskosten (CHF 565'615) und die Erhöhung der Mieten von Schulliegenschaften (CHF 159'000).

Wesentliche
Kostentreiber und
Entwicklungs-
massnahmen

Weiter beinhaltet das Budget 2025 verschiedene Vorhaben, die sich direkt oder indirekt auf die Schulentwicklung auswirken.

Die Wesentlichsten sind:

- Einführung des Leitbilds als wichtige Führungsgrundlage zusammen mit den pädagogischen Leitsätzen an allen Schulstandorten und im Schulalltag. Hauptziele sind die



Stärkung des Zusammenhalts innerhalb der KSAB sowie das Verhalten und Handeln nach verbindlichen Werten und Prinzipien für eine kindgerechte und zeitgemässe Bildung.

- Aufstockung der Schulverwaltungspensen aufgrund der Unterbesetzung gemäss Empfehlungen Verband Schulverwaltungen AG/SO (SCASO), infolge der in den letzten vier Jahren gestiegenen Anzahl Schülerinnen und Schüler um über 500.
- Schaffung von zwei Teilzeitstellen im Bereich der schulischen Integration und Chancengerechtigkeit (überwiesene Motion des Kreisschulrats) und für das Projektmanagement, unter anderem als Folge der Volksabstimmung zur Führung von Tagesstrukturen (Tagesschule und Horte).
- Schaffung einer von der KSAB unabhängigen Ombudsstelle als Pilotprojekt. Diese dient als Anlaufstelle für Eltern, Mitarbeitende und weitere Betroffene (Kinder, Angehörige, Behörden usw.) zur Beratung und Vermittlung, solange kein rechtliches Verfahren hängig ist. Dies ist eine Empfehlung aus dem externen Bericht «Vorgänge am Bezirksschulhaus Zelgli im Schuljahr 2021/2022».

Der Kreisschulrat folgte am 19. September 2024 allen Anträgen des Schulvorstands, ausgenommen den Entschädigungen für die «Hüter des Leitbilds» an den Standorten. Zudem erhöhte er den Stellenplan um zusätzliche 100 Stellenprozent für die Schulverwaltungen. In der Schlussabstimmung genehmigte der Kreisschulrat das Budget 2025 mit 10 zu 6 Stimmen.

Genehmigung durch den Kreisschulrat am 19. September 2024

Das Referendum gegen den Entscheid des Kreisschulrats ist am 26. November 2024 gültig zustande gekommen. Somit erfolgt eine Urnenabstimmung in den beiden Verbandsgemeinden Aarau und Buchs.

Referendum



Warum eine Urnenabstimmung?

Der Kreisschulrat genehmigte das Budget der KSAB am 19. September 2024. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen, das gültig zustande kam. Bestritten sind hauptsächlich Mehrausgaben für die Schulentwicklung und für die höheren Stellenressourcen.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der beiden Verbandsgemeinden Aarau und Buchs stimmen deshalb über das Budget 2025 der KSAB ab. Bis zur Genehmigung des vorliegenden Budgets durch die Stimmberechtigten hat die KSAB kein rechtskräftiges Budget und darf nur unerlässliche und dringende Ausgaben zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs tätigen.

Was passiert, wenn das Budget abgelehnt wird?

Sollte eine der beiden Verbandsgemeinden dem Budget 2025 nicht zustimmen, dauert die «budgetlose Zeit» bei der KSAB an, was zur Folge hat, dass die KSAB weiterhin nur unerlässliche und dringende Ausgaben zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs tätigen darf.

In einem ersten Schritt hat der Schulvorstand dem Kreisschulrat erneut ein Budget für das Jahr 2025 vorzulegen, was voraussichtlich im Mai 2025 erfolgt. Der Kreisschulrat hat das neue Budget zu beschliessen. Auch dieses Budget unterliegt der 60-tägigen Referendumsfrist, womit auf Beginn des neuen Schuljahres 2025/2026 mit einem gültigen Budget 2025 gerechnet werden kann.

Parallel zum neuen Budget 2025 muss die KSAB mit der Erarbeitung des Budgets 2026 beginnen. Dies erfolgt ab Februar 2025.

Grundlagen Budget 2025

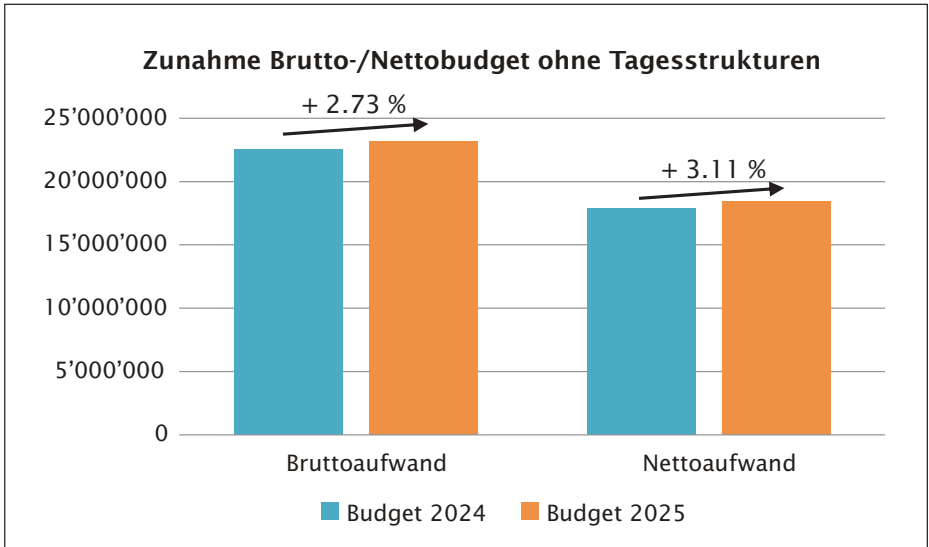
Die Budgets der vergangenen Jahre wurden jeweils nicht vollständig ausgeschöpft. Obwohl dies im Budget 2025 mit rund CHF 920'000 berücksichtigt wurde, resultieren Mehrausgaben. Diese entstehen durch höhere nicht beeinflussbare Fixkosten, durch steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen sowie durch Ausgaben für die Schulentwicklung und die Verwaltung. Details dazu sind nachfolgend zu finden.



Vergleich Budgets 2024 und 2025

Der Bruttoaufwand ohne Tagesstrukturen (Tageschule und Horte) für das Budget 2025 beläuft sich auf **CHF 23'199'900**. Das entspricht einer Erhöhung von **2,73%** gegenüber dem Budget 2024. Die Erhöhung mit Tagesstrukturen beträgt hingegen **5,24%** auf brutto **CHF 23'766'700**. Die stärkere Erhöhung hat vor allem mit der Eröffnung der Tageschule im Sommer 2025 zu tun. Deren Betriebskosten fallen im Budget 2025 zum ersten Mal an.

Die Verbandsgemeinden Aarau und Buchs tragen jedoch den Nettobetrag von **CHF 19'012'700**, also abzüglich aller Einnahmen der KSAB, hauptsächlich aus den Elternbeiträgen und den Schulgeldern auswärtiger Gemeinden. Die Gemeinde Buchs trägt rund 30% der Nettokosten (**CHF 5,7 Mio.**), die Stadt Aarau rund 70% (**CHF 13,3 Mio.**). Diese Beträge sind in den jeweiligen Gemeindebudgets 2025 bereits enthalten.



Hinweis: Die Steigerung der Nettokosten wirkt sich prozentual höher aus, weil der Kanton die beantragten personellen Ressourcen nicht subventioniert. Diese Aufwände sind vollumfänglich von der KSAB zu tragen.



Ausgaben für Schulentwicklung, Anpassungen Stellenplan

Die Schulentwicklung und der Stellenplan sind direkt miteinander verbunden. Eine Weiterentwicklung der Schule in verschiedensten Bereichen ist nur möglich, wenn auch die entsprechenden personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Einerseits enthält das Budget 2025 mehrere Vorhaben, deren Ausgaben auf den Legislaturzielen des Schulvorstands und dem Leitbild der KSAB basieren. Andererseits stehen einige Positionen auch im Zusammenhang mit Volksabstimmungen oder mit geforderten Vorhaben seitens der Politik. Sie dienen allesamt der Weiterentwicklung des Schulbetriebs und der KSAB als Organisation. Die wesentlichsten Positionen sind:

Entwicklungen und Projekte

- Pilotprojekt Ombudsstelle: Schaffung einer von der KSAB unabhängigen Ombudsstelle als Anlaufstelle für Eltern, Mitarbeitende und weitere Betroffene (Kinder, Angehörige, Behörden usw.) für Beratung und Vermittlung, solange kein rechtliches Verfahren hängig ist. Dies ist eine Empfehlung aus dem externen Bericht «Vorgänge am Bezirksschulhaus Zelgli im Schuljahr 2021/2022». In der Regel tragen Ombudsstellen zur Kostensenkung bei, da sie Konflikte früh und effizient lösen können. (Kostendach CHF 50'000)
- Einführung Leitbild mit pädagogischen Leitsätzen, Kulturentwicklung: Das Leitbild, das gemeinsame Werte und Prinzipien festlegt, soll in den Schulalltag integriert und nachhaltig gelebt werden. Es dient als Orientierung für das Verhalten und Handeln aller Beteiligten, fördert den Kulturwandel an der Schule und ist eine wichtige Führungsgrundlage. (CHF 50'000)
- Anstellung von Zivildienstleistenden in der Funktion als Assistenz, beispielsweise bei schwierigen Klassensituationen. Diese Massnahme dient der direkten Entlastung von Schulleitungen und Lehrpersonen, um die knappe Ressourcierung seitens des Kantons abzufedern. (CHF 30'000 für August bis Dezember 2025)
- Erhöhung der Entschädigungen für den technischen ICT-Support an den Standorten für Schülerinnen/Schüler und Lehrpersonen, infolge Umsetzung ICT-Konzept mit massiv höherer Anzahl Notebooks/iPads und entsprechend gestiegenem Unterstützungsaufwand. (CHF 44'250)
- Erhöhung der Honorare für externe Berater, u. a. da die Stadt Aarau die Dienstleistungen für Rechtsberatungen gekürzt hat und diese neu extern teurer beschafft werden müssen. (CHF 37'500)



Stellenplan

- Schaffung einer Fachstelle für schulische Integration und Chancengerechtigkeit als erste Massnahme nach Überweisung einer entsprechenden Motion. Eine KSAB-interne Fachstelle für schulische Integration und Chancengerechtigkeit entlastet Schülerinnen und Schüler belasteter Klassen, Lehrpersonen und Schulleitungen durch Beratung und Unterstützung. Sie organisiert konkrete Lösungen bei zunehmend herausfordernden Situationen mit Schülerinnen und Schülern, die aus kognitiven, sozialen oder physischen Gründen vom «Normfeld» abweichen. Zudem treibt die Fachperson Reformen für mehr Chancengerechtigkeit und Alternativen beim Scheitern von Integrationsbemühungen voran. Die Schule Baden hat 2022 mit der «Fachperson Bildung» eine vergleichbare Stelle geschaffen. (CHF 60'000 für August bis Dezember 2025)
- Erhöhung des Stellenplans im Bereich Schulverwaltungen aufgrund von Unterbesetzungen gemäss Empfehlungen Verband Schulverwaltungen AG/SO (SCASO) um 150%. Der Kreisschulrat hat an seiner Sitzung vom 19. September 2024 die Ressourcen um weitere 100% erhöht. Trotz dieser zusätzlichen Erhöhung bleibt in den Schulverwaltungen eine Unterbesetzung von 90% gemäss SCASO bestehen. (CHF 337'500)
- Schaffung einer Stelle für das Projektmanagement, unter anderem als Folge der Volksabstimmung zur Führung einer Tagesschule und der Übertragung der modularen Tagesstrukturen (Horte) an die KSAB. (Mehrkosten CHF 45'000)



Nicht beeinflussbarer Mehraufwand

Dieser Mehraufwand resultiert hauptsächlich aus folgenden Entwicklungen:

- Schulinformatik mit Sicherstellung der Betriebssicherheit der Laptops und Tablets der Mitarbeitenden sowie der Schülerinnen und Schüler, Anpassungen im Zusammenhang mit dem Service Modell der ICT-Betreiberin sowie Abschreibungen (CHF 565'615)
- Erhöhung der Mieten von Schulliegenschaften aufgrund der Anpassung der Gebäudeversicherungswerte (CHF 159'000) sowie höhere Energie-, Versorgungs- und Entsorgungskosten.

Tagesstrukturen

Im Hinblick auf die geplante Eröffnung der Tagesschule auf das Schuljahr 2025/2026 ist erstmals das vom 1. August 2025 bis 31. Dezember 2025 zu erwartende betriebliche Defizit, v. a. aufgrund der Kosten für den Schulunterricht, in einer einzigen Position abgebildet. Für die Tagesschule wird eine Vollkostenrechnung geführt, weil die Aufwendungen für den Schulunterricht und die Betreuung ausserhalb der Unterrichtszeiten separat zu finanzieren sind. (CHF 401'300)

Im Jahr 2025 laufen die Projektarbeiten zur Übertragung der modularen Tagesstrukturen (Horte) aufbauend weiter. Die ersten Hortstandorte werden voraussichtlich per 1. Januar 2026 an die KSAB übertragen. (CHF 165'500)



Schülerzahlen und Bruttoaufwand Schulbetrieb

Folgende Tabelle gibt einen Überblick, wie sich der budgetierte Bruttoaufwand des Schulbetriebs und die Schülerinnen- und Schülerzahlen in den letzten Jahren entwickelt haben:

Jahr (Budgets)	Bruttoaufwand Schulbetrieb in CHF	SuS-Zahlen	Bruttoaufwand pro SuS in CHF	Erhöhung in CHF
2020	12'043'700	3306	3'643	
2021	12'124'600	3429	3'536	-107
2022	12'857'300	3559	3'613	77
2023	14'239'000	3719	3'829	216
2024	15'301'068	3802	4'024	195
2025	16'487'900	3841	4'293	269

Die Kostensteigerungen in den Budgets der vergangenen Jahre resultieren vor allem aus den Weiterentwicklungen der KSAB. Namentlich sind das die kaum beeinflussbaren, höheren Kosten wie Energie-, Versorgungs- und Entsorgungskosten, höhere Mieten oder Kostenfolgen aus Volksentscheiden wie die beschlossenen Digitalisierungsmassnahmen (persönliche Geräte für Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen) und die Einführung der Tagesstrukturen (Tagesschule und Horte).

Daneben haben weitere beeinflussbare, aber notwendige Faktoren zur Kostensteigerung beigetragen, u. a. der Ausbau der Schulsozialarbeit und der Musikschule sowie Massnahmen zur Schulentwicklung.



Elternbeiträge, Sozialtarife

Elternbeiträge

Mit dem Budget werden auch die Elternbeiträge für das kommende Schuljahr festgelegt. Elternbeiträge fallen nur für freiwillige Angebote wie beispielsweise Aufgabenbetreuung oder nicht obligatorische Lager an. Bei Pflichtangeboten wie Exkursionen, Schulreisen und obligatorische Klassenlager dürfen keine Elternbeiträge erhoben werden. Diese müssen vollständig durch das Budget der KSAB gedeckt sein.

Die Elternbeiträge sind seit dem Vorjahr unverändert geblieben.

Sozialtarife

Auch die Sozialtarife sind im Zusammenhang mit dem Budget jeweils festzulegen. Der Sozialtarif regelt die Höhe der Beitragsleistungen der KSAB an die Elternbeiträge für die Musikschule, die Lager in Themenwochen, die Klassenlager, die Schneesportlager und die Aufgabenhilfe.

Die Sozialtarife sind seit Mai 2018 unverändert geblieben.





Bemerkungen des Schulvorstands zum Budget

Der Schulvorstand hat den strategischen Schwerpunkt bei den Legislaturzielen 2023 bis 2026 auf die Schulentwicklung gelegt. Die Legislaturziele wurden mit der gesamten operativen Führungsebene in einem partizipativen Prozess erarbeitet. Die Schulleitungen an den Schulstandorten haben die Vorgaben zusammen mit der Geschäftsleitung in ein konkretes vierjähriges Schulprogramm umgesetzt. Davon abgeleitet erarbeiteten die Schulleitungen und Lehrpersonen vor Ort standortspezifische Massnahmen in einem Jahresprogramm. Dieser «Überbau» ist für die Entwicklung in eine gemeinsame Richtung wichtig, bedingt aber auch eine Kulturentwicklung zu einer geeinten und zeitgemässen Schule.

Neben diesem angestrebten Kulturwandel wird die KSAB weitere Entwicklungsaufgaben übernehmen. Dazu gehört beispielsweise die Führung einer Tageschule oder die Übertragung der modularen Tagesstrukturen (Horte) an die KSAB, die heute von privaten Trägerschaften geführt werden. Der Auftrag erfolgte durch den Entscheid an der Urne im November 2022. Auch der Einsatz von iPads und Notebooks in den Schulklassen (ICT-Konzept, Volksabstimmung im Februar 2022) trägt mit der zunehmenden Digitalisierung zum ständigen Wandel in den Klassenzimmern und zur Weiterentwicklung der KSAB bei. Diese Entwicklungen sind richtig und notwendig, um einerseits den Erwartungen der Eltern sowie der Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, andererseits auch, um mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten. Es ist wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler für die Zukunft bestens gerüstet sind und die Lehrpersonen unter modernen Bedingungen unterrichten können.

Eine Weiterentwicklung der KSAB ist nur möglich, wenn die notwendigen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. So dienen Investitionen in Pilotprojekte, Massnahmen aus dem Schulprogramm, Schulverwaltungsressourcen und weitere Ressourcen einzig und allein der Weiterentwicklung der Schule und der gesamten Organisation. Diese Bereiche sind unmittelbar miteinander verbunden mit dem wohl wichtigsten Ziel einer jeden Schule: Eine zukunftsweisende und erfolgreiche Bildung für unsere Kinder.

Dem Schulvorstand ist es ein grosses Anliegen und Bestreben, mit den finanziellen Mitteln sparsam umzugehen, um die Steuerzahlenden möglichst wenig zu belasten. Die Entwicklung der KSAB ist und bleibt das Hauptziel des Vorstands. Diese Balance gilt es zu halten, das vorliegende Budget 2025 zielt in diese Richtung.



Beratung im Kreisschulrat

Am 12. September 2024 stellte der Schulvorstand den Mitgliedern des Kreisschulrats an einem Informations- und Diskussionsabend die Details des Budgets 2025 vor. Zudem hatten die Mitglieder des Kreisschulrats im Vorfeld der Sitzung die Möglichkeit, Fragen zum Budget schriftlich einzureichen.

An der Kreisschulratssitzung vom 19. September 2024 lagen zwei Rückweisungsanträge und verschiedene Abänderungsanträge zum Budget 2025 vor. Ein Rückweisungsantrag der SVP hatte zum Inhalt, dass die Budgetobergrenze von rund CHF 21.6 Mio. einzuhalten sei. Im anderen Rückweisungsantrag der SVP und der FDP wurde gefordert, dass das Budget einem Kostenrahmen entspreche, der den Aufwand pro Schülerin/Schüler von CHF 4'007 nicht übersteigt.

Die beiden Rückweisungsanträge wurden einander zuerst gegenübergestellt. Der Rückweisungsantrag der SVP und FDP erhielt dabei mehr Stimmen. Danach wurde dieser dem Antrag des Schulvorstands gegenübergestellt und mit einem Verhältnis von 6 zu 10 Stimmen abgelehnt. Somit konnte die Beratung des Budgets 2025 mit den vorliegenden Abänderungsanträgen ordentlich erfolgen.

Die Abänderungsanträge, allesamt von der SVP eingereicht, wurden grossmehrheitlich abgelehnt, zwei davon mit Stichentscheid der Präsidentin des Kreisschulrats. Einem Änderungsantrag zur Streichung der Honorare «Hüter des Leitbilds» von CHF 24'000 wurde zugestimmt. Dieser Betrag wurde somit aus dem Budget 2025 gestrichen.

Für die beantragte Erhöhung des Stellenplans für die Schulverwaltungen um 150% lag ebenfalls ein Streichungsantrag vor. Auf Antrag eines SP-Kreisschulratsmitglieds wurde schlussendlich der Stellenplan der Schulverwaltungen um 250% (statt 150%) erhöht.

In der Schlussabstimmung stimmte der Kreisschulrat dem Budget 2025 inkl. Stellenplan und den Elternbeiträgen für das Schuljahr 2025/26 sowie den Sozialtarifen für das Schuljahr 2025/26 mit 10 JA- zu 6 NEIN-Stimmen zu.



Die Sicht der Initianten des Referendums

In die Bildung investieren – nicht in die Verwaltung

Im Jahr 2018 startete die Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB) mit dem Ziel, die Eigenständigkeit und Effizienz der Schule zu erhöhen. Doch schnell stellte sich Ernüchterung ein: Die versprochene Einführung einer kombinierten Sonderpädagogik wurde nicht umgesetzt, die Kleinklassen in Buchs umgehend abgeschafft. Stattdessen stiegen die Kosten ungebremst und die Geschäftsleitung wurde um mehrere Stellen ausgebaut. Die Kritik des Komitees «Bildung statt Verwaltung» fokussiert sich denn auch auf die Verwaltungskosten: Die Kosten pro Schulkind stiegen unaufhörlich, ohne dass die Qualität der Bildung davon profitiert hätte. Im Gegenteil: Die Lohnkosten für die Lehrpersonen veränderten sich in dieser Zeit kaum.

Das Referendum gegen das Budget 2025 wurde als demokratisches Mittel ergriffen, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Während dem Sammeln der Unterschriften haben die Initianten grossen Zuspruch erfahren. Neben vielen besorgten Bürgerinnen und Bürgern unterstützen zahlreiche Lehrpersonen dieses Vorhaben. Gerade sie wissen um die Probleme der Kreisschule.

Im Detail können die Vorbehalte des Komitees «Bildung statt Verwaltung» gegenüber dem Budget 2025 in folgende Punkte zusammengefasst werden:

Bildung statt Verwaltung

Dass eine qualitativ hochstehende Bildung auch eine unterstützende Verwaltung benötigt, ist unbestritten, ebenso, dass unser Bildungssystem vor grossen Herausforderungen steht. Der stetige Ausbau der Verwaltung und der Beizug von externen Beratern sind jedoch nicht die Lösung. Es gilt, die Entscheidungswege zu vereinfachen und die zunehmende Bürokratie abzubauen.

Entscheidungen vor Ort statt Ausbau der Hierarchie

Die Geschäftsleitung der KSAB wurde in den letzten Jahren massiv aufgestockt. Bürokratie und lange Entscheidungswege sind die Folge. Es gilt daher, die Führungsstruktur zu verschlanken. Die vom Kanton für die Schulleitungen gesprochenen Ressourcen sind vollumfänglich den Schulhausleitungen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Die zentrale Geschäftsleitung hat sich ausschliesslich auf eine unterstützende, beratende und kontrollierende Funktion zu beschränken. Die Hauptverantwortung für das Tagesgeschäft soll in den Schulen vor Ort getragen werden.



Kompetente Führung statt Idealismus

Die KSAB rühmt sich, ein Schulleitbild in einem «partizipativen Prozess» entwickelt zu haben. Es soll nun unter Beizug externer Berater umgesetzt werden, was das Budget mit weiteren CHF 50'000 belasten wird. Die Erarbeitung eines Leitbilds ist an sich zu begrüssen. Wenn dies jedoch getan wird, ohne die Führungsproblematik anzugehen, wird die praktische Umsetzung scheitern. Es ist unabdingbar, zuerst die bestehenden Herausforderungen in der Führung und Kommunikation innerhalb der Führungsebenen und dem Lehrkörper zu beheben. Die Abhängigkeit von externen Beratern kann zudem zu einer Entfremdung zwischen der Schule und ihren Anspruchsgruppen führen. Von aussen angeregte Entscheidungen bergen das Risiko, dass spezifische Bedürfnisse von Kindern und Lehrpersonen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Nutzung der bestehenden Fachstellen statt Alleingang

Die Kreisschule will sich eine «Fachstelle schulische Integration und Chancengerechtigkeit» leisten. Solche Fachstellen bestehen bereits auf kantonaler Ebene, die Beratungen können dort in Anspruch genommen werden. Wenn die Kreisschule argumentiert, dass es sich dabei um eine kantonale Verwaltungsstelle ohne pädagogischen Hintergrund handelt, erklärt sie damit nicht, warum denn andere (grosse wie kleine) Schulen mit ähnlichen Herausforderungen offenbar problemlos auf eine eigene Fachstelle verzichten können. Chancengerechtigkeit erfordert keine Fachstelle, sondern einen echten Willen zur Integration, der in den einzelnen Schulhäusern und Quartieren umgesetzt werden muss. Die geplante «Fachstelle» führt zu längeren Entscheidungswegen und mehr Bürokratie. Ein Mehrwert für die Ausbildung der Kinder ist nicht ersichtlich.

Schulsozialarbeit statt Ombudsstelle

Für CHF 50'000 soll eine systemfremde Ombudsstelle für Mobbingopfer geschaffen werden. Dies ist eine Aufgabe, welche klassischerweise durch die bestehende Schulsozialarbeit abgedeckt wird. Mobbingopfer müssen in erster Linie ernst genommen werden, neue Fachstellen sind unnötig.



Marschhalt statt weitere Kostensteigerungen

Die vom Referendatskomitee kritisierten neuen Budget-Positionen (etwa die Schaffung der Stelle eines Projektleiters) werden zu einem guten Teil fürs Jahr 2026 noch stärker ins Gewicht fallen, da diese Stellen im neuen Jahr zuerst besetzt werden müssen. Wird das Budget 2025 genehmigt, ist 2026 (und in den Folgejahren) mit noch höheren Kosten zu rechnen. Die Verwaltung wird ausgebaut, während die grundlegenden Aufgaben der Schule nicht gelöst werden. Es gilt daher in erster Linie, die strukturellen Probleme innerhalb der Kreisschule anzugehen. Mit der Ablehnung des Budgets wird der Weg frei gemacht für mehr Investitionen in die Bildung vor Ort.





Ausblick Jahre 2025 bis 2029

Haltung und Strategie des Schulvorstands

Die Legislaturziele 2023 bis 2026 stellen die Basis auch für die Strategie der darüber hinaus gehenden Jahre dar. Der Schwerpunkt wurde bei der Schulentwicklung in den sechs Qualitätsbereichen «Umgang mit Vielfalt», «Unterrichtsqualität», «Schule als Lernende Organisation», «Schulklima, Schulleben, Partner», «Leistung» und «Verantwortung» gesetzt. Die aktuellen Legislaturziele sind ehrgeizig, der eingeschlagene Weg zeigt erste Ergebnisse. So wurde mit Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern und Behörden das Leitbild mit pädagogischen Leitsätzen entwickelt, das die Ziele aufnimmt und bis in den Schulalltag hineinbringt. Die Schaffung dieser Basis ist ein Meilenstein und erstmalig in der KSAB.

Darüber hinaus sind notwendige, übergelagerte Konzepte in Erarbeitung. Dazu gehören u. a. das Kommunikationskonzept, das Sicherheitskonzept, Konzepte im Bereich der Schulsozialarbeit, der standortübergreifenden Elternmitwirkung sowie der Qualitätssicherung. Diese Aufbauarbeiten sind zeitintensiv und zusätzlich zum Alltagsgeschäft zu leisten, kommen aber Schritt für Schritt voran. Auch in Zukunft wird die KSAB in diesen Bereich investieren. In Zeiten von Fachkräftemangel sind bestmögliche Voraussetzungen für Schulleitungen, Lehr- und Fachpersonen entscheidend bei der Personalgewinnung.

Dem Schulvorstand ist es ein grosses Anliegen, die KSAB in ruhige Gewässer zu führen. Für die notwendige Stabilität und Resilienz der KSAB sind gute Rahmenbedingungen wichtig. Damit diese Entwicklung möglich ist, braucht es personelle Ressourcen, aber auch strukturelle und politische Veränderungen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist bereits erfolgt. Auf Empfehlung des Schulvorstands hat der Kreisschulrat das Projekt zur Anpassung der Führungsstrukturen genehmigt. Es sieht eine Verschlinkung der obersten Führungsebene vor. Dadurch erwartet der Schulvorstand eine verminderte Komplexität in der Schulführung, eine wirksame und effektive Aufbau- und Ablauforganisation sowie eine effiziente Verwaltung zugunsten der Bildung. Die KSAB muss sich, auf Basis einer schlanken, sachgerechten und zweckmässigen Organisation rasch in eine auf Vertrauen basierte und breit akzeptierte «Gute Schule» weiterentwickeln.

Auch in der neuen Legislatur 2026 bis 2029 wird sich der Schulvorstand laufend mit den gesellschaftlichen, technologischen und bildungsrelevanten Entwicklungen befassen, um rechtzeitig Auswirkungen auf die KSAB zu erkennen und proaktiv zu handeln.



Antrag an die Stimmberechtigten

Der Schulvorstand der Kreisschule Aarau-Buchs und der Kreisschulrat der Kreisschule Aarau-Buchs beantragen den Stimmberechtigten der Stadt Aarau und der Gemeinde Buchs, den Beschluss des Kreisschulrats vom 19. September 2024 gutzuheissen. Die Abstimmungsfrage lautet:

Wollen Sie das Budget 2025 der Kreisschule Aarau-Buchs inkl. Stellenplan 2025 und die Elternbeiträge für das Schuljahr 2025/26 sowie die Sozialtarife für das Schuljahr 2025/26 gutheissen?



KREISSCHULE
Aarau-Buchs

Empfehlung an die Stimmberechtigten

Schulvorstand und Kreisschulrat empfehlen den Stimmberechtigten am 9. Februar 2025 wie folgt abzustimmen:

- **JA zum Budget 2025 der Kreisschule Aarau-Buchs inkl. Stellenplan 2025 und Elternbeiträge für das Schuljahr 2025/26 sowie Sozialtarife für das Schuljahr 2025/26**

